

Manfred Erdenberger

Rede Arbeitgeberverband Zement Beckum

13. November 2008

(Es gilt das gesprochene Wort)

Kein Friede im heiligen Land?

Vorweihnachtliche Impressionen aus dem Nahen Osten

Shalom und Salam - ich grüße Sie alle!

Vorbemerkung: 133. Höxberg-Gespräch – Ehre und Herausforderung zugleich, mich in die lange Liste renommierter Redner einzureihen.

Und das in einer Stadt, die zu meinem westfälischen Heimatland gehört und aus der (u.a.!) der amtierende münstersche Regierungspräsident Peter Padziorek und - der israelische Friedensaktivist Uri Avnery stammen...

Ich beginne mit einem Geständnis: „Ja, ich habe sechs Wochen vor Weihnachten die Bibel beim Wort genommen und der Zeit angepasst ein Zitat zur zentralen Botschaft gemacht“:

„Und auf Erden ist Friede / bei den Menschen seiner Gnade“. Es passt in die Zeit, zur Stimmung und zur Region – wenn man sich jetzt einmal mehr an die Heiligen Stätten und deren Botschaft erinnert. Aber sie kommt aus einem un-friedlichen Land, und sie ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Dauer-Brenner in unserem Alltag.

Also von der Bibel zurück zur Realität:

„Genug des Blutes und der Tränen! Genug!

Enough of Blood and Tears! Enough!“

Mit diesen emotionalen Worten hat der damalige israelische Ministerpräsident Itzak Rabin in der jordanischen Wüste den historischen Friedensschluss zwischen Israel und Jordanien begründet. Und daran erinnern wir uns heute aus doppeltem Grunde: noch immer bestimmen Blut und Tränen den Konflikt im Nahen Osten. Und Rabin, der den Weg des Friedens gehen

wollte, bezahlte dafür mit seinem Leben – fast genau vor 13 Jahren, erschossen von einem Israeli, nicht von einem Araber. Auch daran muss man immer wieder erinnern – auch mit Blick auf unsere Verantwortung als Deutsche, als Europäer, für einen gerechten Frieden im Heiligen Land.

Wir haben vielfachen Grund, uns zu erinnern: Der Beschluss der Vereinten Nationen, Palästina zwischen Juden und Arabern zu teilen und Jerusalem unter UNO-Verwaltung zu stellen, jährt sich Ende November zum 61. Male. Israel hat im Mai 2008 den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung gefeiert – ein Ereignis, das gerade auch in Deutschland wegen seiner Verbrechen an den Juden große Beachtung gefunden hat, nicht zuletzt durch die Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der israelischen Knesseth.

Mit der Staatsgründung 1948 wurden aber eben auch Hunderttausende Palästinenser vertrieben, die bis heute unter schwierigen und oft menschenunwürdigen Bedingungen verstreut in Lagern im Nahen Osten leben. Dazu übrigens kein Wort in Merkels Rede...

Dazu kam der 40. Jahrestag der Besetzung und der anschließenden Annektierung des Ostteils Jerusalems. Alle Daten erinnern schmerzlich daran, dass seit mehr als sechs Jahrzehnten nach einem gerechten Ausgleich und damit nach einem dauerhaften Frieden gesucht wird.

Dafür gilt auch, was der frühere deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher einmal so beschrieben hat: „Kam ein Politiker aus dem Ausland zu mir, dann drehte ich ihm stets auf meinem Globus sein eigenes Land entgegen. Meine Begründung: Was in einem Teil der Erde passiert, betrifft heute alle anderen auch.“

Und das wir alle, jeder an seinem Platz, aufgerufen sind, daran mitzuarbeiten, so wie es DINO, die Deutsche Initiative für den Nahen Osten, unabhängig, neutral und interreligiös versucht, für die ich hier und heute auch als Gründer und Sprecher auftreten darf.

Und ich füge hinzu: **alle** Konflikte im Mittleren und Nahen Osten hängen heute davon ab, ob es gelingt, die zitierte dauerhafte und gerechte Friedenslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden. Das gilt für ...

- mindestens sieben Konfliktkreise auf der Landkarte der Risiken: von der West-Sahara über den israelisch-palästinensischen Konflikt bis zur Kurden-Frage, den Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan eingeschlossen.

-

Im Detail: Das gilt für ...

- die Stabilisierung des Libanon, der sich nach heftigen innenpolitischen , auch bürgerkriegsähnlichen , militärischen Kämpfen wieder auf festerem Boden befindet,
- die notwendige politische Öffnung Syriens, das sich von der Hisbollah im Nachbarland, von der Unterstützung der Exil-Hamas in Damaskus und von der Nähe zum Iran verabschieden und mit Israel in Friedensverhandlungen eintreten muss. Wobei hinzuzufügen ist, dass der Anfang mit den Gesprächen unter Vermittlung der Türkei gemacht ist (wie weit der Weg noch ist zeigt der jüngste Zwischenfall mit US-Truppen an der Grenze zum Irak),
- die Beendigung des von den USA geführten Irak-Krieges und einer Beendigung der Konflikte in Afghanistan
- und für ein politisch-verlässliches Ägypten, ebenso wie ein offenes Jordanien, beide übrigens mit Israel durch Friedensverträge ge- und verbunden.

- Und dann kommt es vor allem auf einen Dialog zwischen den verfeindeten palästinensischen Parteien Hamas und Fatah an , der zur Zeit (leider noch erfolglos) von Arabischer Liga, Ägypten und Jordanien unterstützt. Schwierigkeit: Die Hamas hat die militärische Option gewählt, unterstützt von jungen Führern, die aus den radikalen Milizen kommen und den Alltag bestimmen. Ein Wendepunkt könnte der 9. Januar 2009 sein, wenn die Amtszeit des gemäßigten (Fatah-)Präsidenten Mahmud Abbas endet und Wahlen anstehen.

Aber alle Beteiligten müssen wissen, dass eine „große Lösung“ steht oder fällt mit er aktiven Unterstützung des zitierten Friedensprozesses durch das Nahost-Quartett mit den USA an der Spitze. Hier kommt auf den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Barak Obama eine weitere Herkules-Aufgabe zu.

Das gilt aber auch für die Europäer (zusammen mit den Deutschen!) in diesem und anderen Gremien, die bisher leider mehr durch Worte denn durch Taten aufgefallen sind.

Man stellt sich doch zu Recht die Frage, ob denn Hunderttausende Tote und Verletzte, ja Verkrüppelte, noch immer nicht reichen, um den verfeindeten Nachbarn in Nahost (durchaus auch ausgedehnt auf den Libanon, den Irak und Afghanistan), also, um den verfeindeten Nachbarn unmissverständlich klar zu machen, dass es bei andauernder Gewalt auf allen Seiten weiterhin nur Verlierer geben wird?

Wie soll denn auf den zerstörten Lebensgrundlagen der Palästinenser oder der Libanesen, auf den Trümmern ihrer Häuser und den Resten der Landwirtschaft ein Neuanfang auf- und der beiderseitige Hass abgebaut werden?

Eine vage Hoffnung ist: die Zahl derer, die des Terrors müde sind, wächst. Und auch die Zahl derer, die im eigenen Land die eigene Regierung für deren Fehler oder mindestens Versäumnisse in den gegenwärtigen Krisen verantwortlich machen, nimmt zu.

Dennoch: die Friedens- Defizite bedeuten, dass wir nach wie vor, Tag für Tag, noch immer so dicht an einem Abgrund aus Hass und Gewalt stehen. Und das ist mehr als bedrückend.

Aber noch immer gilt – und muss für alle Menschen gelten: die Hoffnung stirbt zuletzt! Und, wie es in einer alten arabischen Weisheit heißt: “Eine Unze Hoffnung ist mehr wert als eine Tonne Sieg!“

Aber um die Hoffnung zu behalten und die Dinge zu verstehen, möchte ich mich in meiner heutigen Rede vor allem den Menschen widmen.

Lassen Sie mich dazu zeitgerecht mit einem zentralen biblischen Wort beginnen: **„Und auf Erden ist Friede / bei den Menschen seiner Gnade“**.

Was ist daraus geworden?

„Friede“ - Friede? Das ist heute für viele Menschen ein Fremdwort!

Auf Erden...? Wo denn? Wohin wir schauen: im Irak, in Afghanistan und in Afrika, im Nahen Osten und im fernen Tschetschenien - **Konflikte**.

Statt Frieden - Kriege, kriegerische Auseinandersetzungen, Bürgerkriege, Grenzkriege, Kriege um Wasser und Öl, dazu Terror und Unterdrückung in vielfältiger Form.

Bei den Menschen seiner Gnade? Für die meisten bleibt der Frieden ein Wunschtraum – egal, welcher Hautfarbe und Religion sie sind, egal ob Männer, Frauen oder Kinder.

Wenn ich aus dem Nahen Osten berichtet habe oder wenn ich hierzulande darüber spreche, dann ist es stets der Versuch, zu erklären, warum es bis heute ausgerechnet im Heiligen Land so schwer ist, den sehnlichsten gewünschten und für die Menschen überlebens-notwendigen Frieden auf Erden zu schaffen.

Und ich versuche bei diesen und anderen Gelegenheiten stets zu erklären, warum ausgerechnet hier in bedrückender Weise deutlich wird, dass im Jordantal, an der Geburtsstätte dreier Weltreligionen – Christentum, Judentum und Islam - noch immer kein Frieden eingezogen ist.

Es ist das Land und es geht um die Menschen in Israel und in Palästina, dort zwischen Gaza und der Westbank, zwischen Jerusalem und Jericho, Hebron und Haifa, Rishon Le Zion und Ramallah, zwischen Bersheba und Bethlehem. Hier, auf engstem Raum mit Entfernungen von oft nur wenigen Kilometern, liegen die biblischen Stätten. Es ist aber heute eher ein unheiliges als ein Heiliges Land...

Nehmen wir Bethlehem - den Ort, der wie kein anderer einen solchen Widerspruch zwischen Friedenshoffnung und bitterer Realität verkörpert.

Dabei erinnert uns die Friedensaktivistin Faten Mukarker aus Beit Jala, einem Vorort der christlichen Geburtsstadt:

**„Erinnert Euch an das kleine Licht,
das von Bethlehem ausging und die Welt erhellte.“**

Aber wer nimmt denn – außerhalb der Weihnachtszeit - diese kleine Stadt mit der großen biblischen Vergangenheit heute noch als den Geburtsort Jesu wahr? Die Nachrichten sprechen im Zusammenhang mit der Stadt am Rande von Jerusalem nur von Besatzung und Besatzern.

Wenn vom Krippenplatz die Rede ist, hat man eher die anhaltenden Razzien israelischer Patrouillen oder gar anrückende Panzer vor Augen als biblische Zeugnisse.

Bei der Geburtskirche erinnert man sich eher an verschanzte palästinensische Kämpfer als an Einzelheiten der Grotte mit der Krippe. Statt von den „Hirten auf den Feldern“ spricht man eher von den Menschen in den überfüllten Flüchtlingslagern vor den Toren der Stadt.

Hier leben diese Menschen auf engstem Raum, in einem Alltag, der geprägt ist von Misstrauen bis Hass, verbunden durch eine teuflische Spirale von Gewalt und Gegengewalt – angeheizt durch fast all-nächtliche Razzien israelischer Militärs.

Zwar gibt es wieder eine höhere Zahl von Pilgern und Touristen, aber für den größten Teil der Bevölkerung wird die Armut von Monat zu Monat spürbarer und existenzbedrohender. Die Arbeitslosigkeit liegt noch immer bei 50 % und bei geringen Löhnen haben sich die Preise im letzten Halbjahr teilweise verdoppelt. Gerade bei Familien mit Kindern kommen noch Schulgeld und Kranken-kosten obendrauf.

Noch einmal biblische Geschichte und Realität der Gegenwart mit einem Beispiel aus Bethlehem: Unten rechts, früher noch im Stadtgebiet, aber nun im Schatten der drohend-schwarzen Mauer, liegt das Grab Rachels, das ist die Frau des Erzvaters Jakob, die Mutter von Benjamin und Joseph.

Hier beten jüdische Mütter für eine glückliche Geburt - friedlich und still, paradoxerweise aber hinter den neuen Mauern aus Stahlbeton.

Die palästinensischen Mütter aus der kargen und steinigen Umgebung haben ein ganz anderes Ziel: sie pilgern zum Caritas Baby Hospital, das der Schweizer Pater Ernst Schnydrig 1952 auf einem Hügel am Rande von Bethlehem gegründet hat. Hier suchen und finden bis heute die oftmals selbst kranken und verzweifelten Frauen mit ihren Kleinkindern medizinische und psychologische Hilfe.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen“... - dieses Wort hatte sich die Kinderfachärztin Dr. Mechthild Ehling aus Münster schon vor über 25 Jahren zu Eigen gemacht. Sie leitete bis zu ihrer Pensionierung jahrelang mit großem persönlichem Einsatz dieses finanziell chronisch-kranken Baby-Hospital mit seinen knapp 100 Betten. Es ist das einzige Kinderkrankenhaus in den palästinensischen Gebieten mit mehr als 500.000 Kindern unter vier Jahren.

Nun soll das Hospital bis 2010 um eine neue ambulante Klinik und eine erweiterte Mütterschule vergrößert werden – für die medizinische Versorgung von jährlich bis zu 50.000 Kindern.

Dort führt bis heute das Team einen verzweifelten Kampf gegen den Teufelskreis aus Armut, Unterernährung, mangelnder Hygiene, fehlender Familienplanung und Inzucht, die aus der Isolierung eines ganzen Volkes gefördert wird. Und es sind die unzureichenden Unterkünfte, die im Sommer viel zu warm und im Winter viel zu kalt sind.

Weil Mütter die Weiterfahrt zu einem Krankenhaus verwehrt wurde, werden in Palästina immer wieder Babys unter dramatischen Umständen an den Checkpoints geboren – und immer wieder sind dabei oder danach wegen mangelnder medizinischer Hilfe die Kinder gestorben.

Gute Nachbarschaft ist Voraussetzung für den alltäglichen Frieden. Es ist ein Irrglaube, gute Zäune machten gute Nachbarn. Im Gegenteil! Inzwischen hat Israel eine bis zu zehn Meter hohe Betonmauer gebaut, auch um Bethlehem herum und teilweise sogar durch Teile der Stadt, auch in Sichtweite des Kinderkrankenhauses.

Es ist eine Mauer, die insgesamt fast 600 Kilometer lang ist und Millionen Dollar kostet. Von Dschenin im Norden über Jerusalem in der Mitte bis Hebron im Süden des seit 1967 von Israel besetzten und inzwischen sogar auf weiten Flächen besiedelten palästinensischen Westjordanlandes. Rund um Jerusalem sind es allein 181 km, mit unabsehbaren Konsequenzen für 27 palästinensische Gemeinden. Eine Mauer, die sogar mitten durch die Sportanlagen der Ost-Jerusalemmer Universität Al Quds geht. Und auch Gaza ist komplett von einer solchen Mauer umschlossen.

Eine Mauer, die zu Beginn als Zaun oder Schutzwall verniedlicht wurde, die heute an technischem Wahnsinn die Berliner Mauer von damals noch weit übertrifft. Die freilich wurde vor 19 Jahren geöffnet und dann abgerissen – wir haben uns gerade wieder erinnert...

Wozu, so fragt man sich, diese neue Mauer? Um sich vor den Palästinensern und dem Terror zu schützen, argumentiert die israelische Regierung. Aber ich frage mich bei allem Verständnis für die Sicherheit Israels: hat denn niemand aus der Geschichte gelernt? Frieden erreicht man doch wohl eher durch Gemeinsamkeit als durch Trennung!

Ich glaube: Nur wer die Ursachen der Konflikte beseitigt, kann die Konsequenzen beherrschen. Das lehrt uns der Terror weltweit: Hunger und Unterdrückung, kein Obdach und keine Bildung, keine Rechte und keine Ressourcen führen in Perspektivlosigkeit, Wut und Verzweiflung, die sich immer wieder in Hass und Gewalt entladen. Niemand darf – und sei es aus Selbstgerechtigkeit - Ursache und Wirkung verwechseln.

Sie alle kennen das lateinische Zitat „Pax optima rerum – Der **“ Friede ist das höchste Gut...“**

Warum tut man sich manchmal so schwer, Frieden zu schaffen, der tatsächlich das höchste Gut für die Menschen auf Erden ist. Wir haben hier in Deutschland eine ganz besondere Erfahrung mit Krieg und Frieden. Wir haben gleichermaßen bittere Erfahrung gesammelt mit Leid und Tod, Verwüstung und Vertreibung, religiöser Verblendung und Intoleranz.

Damit gemeint sind nicht nur der schreckliche Erste wie der Zweite Weltkrieg – nein, das beginnt schon mit dem 30jährigen Krieg, aber auch mit dem Frieden von 1648, ausgehandelt von 148 Delegierten und geschlossen in Münster und Osnabrück. An den Erfahrungen des Krieges, aber vor allem an den Prämissen des Westfälischen Friedens, orientiert sich DINO, unsere Initiative. Und wir fragen: Was können wir daraus lernen?

„Pax optima rerum“ – der Friede ist das höchste Gut“- steht auf der Herdplatte am Kamin im Friedenssaal des Rathauses zu Münster. Dazu am Kronleuchter: **„Befleißigt Euch der Gerechtigkeit, die ihr auf Erden richtet... !“** Und auf der Gerichtschranke ist zu lesen: **„Man höre beide Parteien“**.

Diese drei schlichten Sätze, die der Schlüssel zum Frieden von 1648 waren, könnten noch heute als Gebrauchsanweisung (für die Vereinten Nationen wie für andere Gremien und Regierungen!) dienen – als ein leuchtendes Beispiel, das wegweisenden Charakter hat.

Ein Friede, von dem der frühere Bundespräsident Roman Herzog schrieb: „Er beeinflusste tief und dauerhaft die zwischenstaatlichen Beziehungen und den Kanon der Grund- und Menschenrechte, die Verfassungen einer Reihe europäischer Glaubensgemeinschaften in Europa.“

Und er wäre vielleicht auch eine Brücke zum Nahost-Konflikt: „Vor allem bleibt er Vorbild für die Fähigkeit, nach Zeiten ungeheuren Schreckens wieder eine auf gegenseitige Achtung gegründete Ordnung zu stiften“. Und die Trennung von Religion und Staat klar festzuschreiben.

Könnte all das nicht auch für die Situation im un-heiligen Land, in Israel, Palästina und für die gesamte Region, ja eigentlich für alle Kriege von heute gelten? Könnte das Beispiel der europäischen Integration nicht auch auf andere Regionen übertragen werden?!

Der vorletzte Träger des Westfälischen Friedenspreises, der frühere französische Staatspräsident Valérie Giscard D'Estaing, sagte bei der Verleihung im Rathaus zu Münster: „Der ungerechteste Friede ist immer noch besser als der gerechteste Krieg“.

Und er fügte hinzu: „Damals, nach dem Zweiten Weltkrieg, hat Europa den Kampf gegen die eigene Geschichte gewonnen und seit mehr als einem halben Jahrhundert den Frieden gesichert.“

Der frühere nordrhein-westfälische Europa-Minister Breuer hat vor der Universität Bethlehem daran erinnert, dass „das Dilemma der Feindschaft von Nachbarn ... in Europa nicht zuletzt durch die Überwindung von Erbfeindschaften überwunden (wurde)“. Das Beispiel der europäischen Integration könne auch auf andere Regionen übertragen werden, meinte er. Es sei freilich kein Selbstläufer, sondern müsse immer wieder erarbeitet und erneuert werden, damit die Konflikte in friedliche Bahnen gelenkt würden.

Der syrische Großmufti Dr. Ahmad Badr Eddin Hassoun, nutzte bei seinem Besuch in Münster die Gelegenheit für ein Plädoyer für den Frieden und zollte den Deutschen ein großes Lob: "Dass von Deutschland nach zwei Weltkriegen und den schrecklichen Zerstörungen Frieden ausgeht, hat die ganze Welt erstaunt".

Eben dieser Großmufti nannte den Fall der Mauer in Berlin als Vorbild für eine Versöhnung zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten und verurteilte jede – vor allem jede religiös motivierte - Gewalt:

„Eine Moschee oder Kirche, die abgerissen wird, kann man wieder aufbauen. Aber ein Kind, das umgebracht wurde, kann man nicht mehr zum Leben erwecken.“

Gestatten Sie mir eine vorweihnachtliche biblische Rückblende:

„Und sie gebar ihren ersten Sohn, wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe; denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge.“ Lukas 2,7.

Heute, da wir auch hierzulande über „Krippenplätze“ diskutieren, ist dort die Situation für die Menschen noch schlechter – kein Raum für ein Volk und seine Kinder, die, zusammengepfercht, vielfach selbst ohne Stall und Krippe, in elenden Lagern aufwachsen müssen.

Ein normales Leben in den Autonomiegebieten ist weitgehend unmöglich: Zurzeit leben bereits 70 Prozent der Palästinenser unter der Armutsgrenze – vor allem im abgeriegelten Gaza der Hamas, vielfach aber auch im Westjordanland. Der Schulunterricht fällt häufig aus, die medizinische Versorgung ist katastrophal.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die damit einhergehende die hohe Arbeitslosigkeit bis zu 75 % zeigen eine langfristige weit verbreitete Perspektivlosigkeit. Das ganze trifft vor allem die junge Generation, die in der gesamten arabischen Welt in einer klaren Mehrheit ist.

2,2 Millionen Palästinenser (56 Prozent) seien arm, heißt es in Bericht des palästinensischen Wirtschaftsrates für Entwicklung und Wiederaufbau.

Danach liegt diese Schwelle für eine siebenköpfige Familie bei 500 Dollar (352 Euro) im Monat. Der Studie zufolge müssen zwei Drittel aller darunter lebenden Familien sogar mit nur 300 Dollar oder noch weniger im Monat auskommen. Besonders dramatisch sei die Lage der 1,5 Millionen Palästinenser im zitierten Gazastreifen.

Die Hauptschuld an dieser Situation trägt freilich die islamisch-radikale Hamas, die in einem Putsch die Gewalt in dem Elendsstreifen an sich gerissen und bis zu einem fragilen Waffenstillstand mit Israel die Grenzregionen zu den Nachbarn immer wieder mit

selbstgebauten Kurzstreckenraketen beschossen hat. Es sind nicht allein die mörderischen und zerstörerischen Einschläge der handgemachten Geschosse – es ist vielmehr der politische Kollateralschaden, der alle Beteiligten in eine schier auswegslose Situation gebracht hat.

Mit der faktischen Spaltung des palästinensischen Volkes geht auch eine politische Trennung zwischen der Hamas in Gaza und der Autonomiebehörde im Westjordanland einher. In Ramallah, will (und muss!) der Fatah-Präsident Mahmoud Abbas schließlich mit einer Stimme für sein palästinensisches Volk und den angestrebten selbständigen Staat mit Israel auf Augenhöhe verhandeln.

Erschwert wird das im gesamten Palästina durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Abriegelung bzw. durch die Sperren und Checkpoints : fast 700 nach jüngsten Zählungen, über 80 Prozent nicht an der Grenze zu Israel, sondern willkürlich über das ganze besetzte Gebiet verteilt, bemannt und unbemannt, fest installiert oder mobil.

Allein in der Region Hebron, die nun zum Weltkulturerbe der UNESCO ausgerufen werden soll, gibt es 69 solcher Checkpoints – und das in einer nominell autonomen palästinensischen Stadt!

Als Hauptgründe für das volkswirtschaftliche Desaster Palästinas werden die zitierten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sowie die internationalen Finanzsanktionen nach dem Wahlsieg der radikal-islamischen Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 angegeben. Ein weiterer Grund sei, dass Israel den Palästinensern zustehende Steuer- und Zolleinnahmen in Millionenhöhe immer wieder zurückhält oder verzögert auszahlt.

Bisher mussten alle 3000 Fabriken in Gaza schließen, weil sie keine Lieferungen mehr erhalten oder durchführen konnten. 150.000 Menschen sind arbeitslos, die Umsätze des Einzelhandels um 50 Prozent zurückgegangen, alle Reserven sind aufgebraucht.

Ein Unternehmer aus dem Westjordanland hat ausgerechnet, dass es vier mal so teuer ist, einen Container von Ramallah ins gut 100 Kilometer entfernte Gaza zu transportieren wie denselben Container nach China oder Australien zu verschiffen.

Also: **Friede den Menschen auf Erden?** Wo denn? In den trostlosen, staubigen Lagern rund um Bethlehem, in Hebron, Nablus und Ramallah? Sie sind alltägliche Zeugnisse der ungelösten Flüchtlingsproblematik, Synonym für den Unfrieden. Wir finden sie ebenso in Gaza und Amman, im Norden und im Süden des Libanon wie in Beirut, aber auch – mit anderen Vorzeichen - in Bangladesch und in Afrika, in Tschetschenien, Afghanistan und Pakistan.

Ich habe die meisten Flüchtlingslager im Nahen Osten gesehen und ich weiß deshalb, wovon ich rede. Und ich sage Ihnen: diese Lager sind überall auf der Welt so schrecklich gleich: sie sind vielfach ohne Wasser und Kanalisation, ohne Müllabfuhr und ohne elektrisches Licht, voller Kinder und ohne Ärzte, ohne Schulen und ohne Lehrer, ohne Arbeit und ohne Arbeitsplätze.

Diese Lager weltweit sind der Nährboden für den Hass, der aus der Verzweiflung geboren wird, wo der Glaube schwindet, weil Gebete zu Jesus und Allah aus Sicht der Betenden und Bittenden scheinbar ungehört verhallen.

Diese Menschen aus der schutzlosen Zivilbevölkerung sind immer die ersten Betroffenen: die Palästinenser in Gaza ebenso wie die Israelis, die in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa leben. erinnern Sie sich: auch die Bewohner des libanesisch-israelischen Grenzgebietes waren in den letzten Jahren immer wieder ersten Opfer sinnloser Anschläge und nutzloser Kriege – wie in weiten Teilen des Libanon.

Und die Auseinandersetzungen haben für die Christen im Nahen Osten noch eine besondere Konsequenz: sie resignieren vielfach und verlassen ihre Heimat, suchen einen Neuanfang in den USA, in Europa und anderswo.

Papst Benedikt XVI. hat immer wieder die prekäre Situation der christlichen Minderheiten im Nahen Osten beklagt und die Gläubigen zum Bleiben aufgerufen.

Auch der Erzbischof von Jerusalem, Michel Sabbah, hat einmal in einem Brief gemahnt: „Die christliche Berufung im Land Jesu zu leben, verlangt von uns, in diesem Land auszuharren, auch wenn das Leben in anderen Ländern bequemer sein könnte.“

Das bedeute aber nicht, so der Lateinische Patriarch, „... klein beizugeben, sondern stattdessen mit mehr Kraft und größerer Einigkeit zu einem wirklichen Widerstand zu gelangen, der nicht das Ziel hat, den Gegner zu zerstören oder unsere Herzen mit Rachsucht gegen ihn zu erfüllen, sondern dem Übel der Besatzung mit all ihren Bedrängungen ein Ende zu setzen“.

Die schwindende Zahl der Christen in Israel und in den palästinensischen Gebieten wird mit großer Sorge wahrgenommen: seit 1967 sank ihre Zahl von 15 % der Bevölkerung auf heute 1,5 %. Der jordanischen König Abdullah mahnte: “Christen sind ein Bindeglied der arabischen Gesellschaft“. Immerhin hat auch die amerikanische Außenministerin Condoleca Rice bei einem Besuch in Bethlehem die große Bedeutung der Kirchen für die Überwindung der bestehenden Hindernisse für einen endgültigen Frieden hervorgehoben.

Ein Beispiel für praktische Friedensarbeit liefert Mitri Raheb: er ist Christ und Palästinenser, Pfarrer der ev.-luth. Weihnatskirche in Bethlehem, Direktor des Internationalen Begegnungszentrums, Träger des Tschelebi-Friedenspreises des Islam-Institutes in Soest und des diesjährigen Aachener Friedenspreises – dazu unser DINO-Mitglied; also alles in allem ein engagierter Verfechter der Toleranz und des Ausgleichs.

Sein aktuelles Buch „Bethlehem hinter Mauern“ beschreibt eindrucksvoll den Alltag in der Geburtsstadt Christi und unternimmt gleichzeitig trotz verbreiteter Hoffnungslosigkeit den Versuch, sich intensiv mit den Problemen auseinander zu setzen – wobei Bethlehem stellvertretend für Hunderte ähnlicher Städte und Dörfer im besetzten Westjordanland und in Gaza steht.

Aber Bethlehem ist nun mal ein Symbol dieser Konflikte in einer arabisch- islamischen Gesellschaft. Aber das Titelbild des Buches, auf dem ein arabischer Junge mit Kafija und ein jüdischer Altersgenossen mit Kipa Hand in Hand den steinigen Weg durch die Wüste gemeinsam gehen, ist von ungeheurer Symbolkraft.

Unser DINO-Mitglied, Patriarch Gregorios III., schrieb einmal: „Wenn der Trend der Auswanderung anhält, bleibt vielleicht einmal nur noch ein christliches Disneyland übrig, das dann besichtigt werden kann“.

Es gibt in diesen Kriegen keine Sieger, immer nur Verlierer – und das sind die Menschen! Er weiß, wovon er redet: seine libanesische Diözese wurde im letzten Libanon-Krieg zum Katastrophengebiet. An den fünf Kirchen entstand ein Schaden von 800.000 Dollar, 180 Häuser wurden zerstört, dazu 40 Industriegebiete und 85 Brücken. Seine bittere Bilanz damals: „Dieser Krieg ist eine Schande für die Welt“ – was schließlich für jeden Krieg gilt...

„Demgegenüber“, so der Patriarch weiter, „ist der Friede die größte Aufforderung, das größte Muss, das höchste Gut und die wahre Garantie für eine Zukunft in Freiheit, Würde, Sicherheit und mit Fortschritt für die **Jugend** bei den Moslems, den Christen, den Juden, die die Zukunft der arabischen Länder bauen“.

Die Lager, in denen die Menschen auf eine Wende warten, spiegeln in ihrer Perspektivlosigkeit eben auch das ganze Elend ihrer Bewohner und damit das Dilemma des Friedensprozesses im Nahen Osten wieder. In diesen Lagern wächst eine Generation ohne Zukunft heran, wenn sich die Situation nicht rasch ändert.

Daraus ergeben sich für mich ein paar auch zugespitzte, ja provokante Fragen:

Wie erklärt man im Jahre 2008 eigentlich einem kleinen Jungen in Afghanistan oder in Dafur, einem palästinensischen Mädchen in Gaza oder auf der Westbank, warum sie in Dreck und Armut, eingesperrt in der Enge eines Lagers, leben müssen, ohne Wasser und Strom, ohne Lebensmittel, vielleicht sogar ohne Geschwister, ohne Vater und Mutter, allein, abgeschnitten von den Verwandten?

Was antwortet man auf palästinensische Fragen, warum z.B. die jüdischen Siedler in ihren modernen Wohneinheiten mitten im Westjordanland oder in den Ausläufern von Jerusalem, jedenfalls auf palästinensischem Boden, unter den arabischen Einheimischen leben können, versorgt von Lastwagen auf neuen Straßen mit allen wichtigen Gütern und unbeschränktem Zugriff auf die Wasserreserven?

Wo sich selbst der Sondergesandte der EU, Tony Blair, fassungslos zeigt, wenn er hört, dass Palästinenser Grundwasserbrunnen nur ein Drittel so tief graben dürfen wie die Israelis, wo natürliche Ressourcen doch eigentlich allen gehören und nicht einseitig ausgebeutet werden dürfen.

Wie erklärt man das? Mit der Geschichte, mit der Politik, mit den Umständen, mit einer Situation, die näher am Krieg ist als am Frieden?

Wer kann einer Frau aus Gaza, die zur Beerdigung einer Verwandten von Gaza nach Ramallah fahren will, erklären, warum sie einen Umweg über Ägypten und Jordanien machen muss – eine Fahrt von 14 Stunden anstatt von 90 Minuten?

Wer hat eine Antwort auf die Frage der Kinder von Hebron, warum sie für einen Schulbesuch demonstrieren müssen? Mit Schildern „Wir wollen zur Schule gehen“ und "Wir haben das Recht, zu lernen!“ versammeln sie sich immer wieder an einem Kontrollpunkt der israelischen Soldaten, die dort, am Rande der Stadt, regelmäßig die Schüler und ihre Taschen durchsuchen, sie warten lassen. Die Jungen und Mädchen fragen „Warum?“ und erhalten als Antwort auf ihre Proteste Tränengas der Soldaten. **Wie erklärt man das?**

Wer erklärt den Jugendlichen in Tel Aviv und in Haifa, warum der Besuch einer Disco tödlich sein kann, weil palästinensische Selbstmordattentäter sinnlose Anschläge gegen Unschuldige verüben?

Wer kann der Hochzeitsgesellschaft in Amman erklären, warum Freunde und Verwandte am schönsten Tag ihres Lebens bei einem terroristischen Bombenanschlag sterben müssen?

Wer erklärt den Kindern in Nablus oder ihren verzweifelten Eltern, warum sie zufällige Opfer einer israelischen Razzia oder eines Vergeltungsschlages werden können?

Wie erklärt man den israelischen Bewohnern der Städte am Rande des Gazastreifens, warum solange aus heiterem Himmel immer wieder Raketen auf ihre Marktplätze, Wohnhäuser, Schulen und Kindergärten gefallen sind, Menschen verletzt oder getötet und Sachschäden angerichtet haben.

Ich war noch im Juni dort in den Schulen und Städten und habe keine Antwort gefunden auf die Frage nach dem Warum – und obwohl Israel doch den lange besetzten Elendsstreifen am Meer längst geräumt und den freilich zerstrittenen, rivalisierenden Palästinensern zurückgegeben hatte?

Wer erklärt den 50 palästinensischen Bauern und ihren Familien, warum in einem einzigen Vergeltungsschlag für die Raketen der Extremisten die israelische Armee in Beit Hanoun 25.000 Oliven- und Obstbäume, vier Brunnen, wertvolles Ackerland sowie die zu den Höfen führenden Straßen zerstört und damit ihre Lebensgrundlagen vernichtet wurden?

Hier wie anderswo ist unsere Verantwortung, genauer: die europäische, wichtiger denn je – aber fast alle Projekte der Europäer und anderer Geberländer liegen derzeit auf Eis oder wurden im Laufe des Konflikts der vergangenen sieben Jahre zerstört.

Die deutschen Infrastrukturmaßnahmen für Gaza - darunter allein 70 Mio. Euro für Abwasserprojekte - sind derzeit nicht durchführbar. Es mangelt vor allem an Material. Betroffen ist auch der Bau von 42 Schulen für 45.000 Kinder, bei dem 2.400 Jobs entstehen sollten.

Von den mit internationaler Hilfe aufgebauten staatlichen Institutionen, Straßen und Gebäuden wurde vieles wieder zerstört - entweder durch innerpalästinensische Kämpfe, insbesondere in jüngster Zeit, oder durch die israelische Armee.

Der unter anderem mit deutscher Hilfe entstandene Flughafen wurde bereits 2001 in Schutt und Asche gelegt.

Der Bau eines Hafens unter holländischer Federführung fiel dem Konflikt wenig später zum Opfer. Das Elektrizitätswerk in Gaza wurde in 2006 als Reaktion auf die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Schalid zerstört.

Wer soll das verstehen, wenn man das alles nur mit Krieg oder Intifada begründen kann, dem militanten Kampf für einen eigenen Staat auf der einen und für mehr Sicherheit auf der anderen Seite? Jeder muss wissen, dass man dabei ist, die Zukunft – wenn überhaupt – nur auf Ruinen zu bauen!

Richtig und wichtig ist die andauernde internationale finanzielle Hilfe für die betroffene Region: 5 Mrd. EURO aus 70 Staaten der Geberkonferenz aus dem letzten Dezember in Paris für den Aufbau eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates, etwas weniger von der Sicherheitskonferenz aus dem Sommer 2008 in Berlin für den Aufbau eines Polizei- und Justizsystem des selben Staates. Nur: Geld ersetzt nicht Politik, besänftigt aber offenbar gelegentlich das schlechte Gewissen...!

Gefordert sind politische Initiativen bis hin zu einer möglichen internationalen Friedenstruppe mit „robustem Mandat“ – wie sie inzwischen nicht nur vom DINO-Mitglied Avi Primor gefordert und selbst von anderen Israelis nicht mehr für unmöglich gehalten wird.

Andererseits muss klar sein: Palästina muss die Sicherheitsgarantien für Israel einhalten und Israel den Bau der Siedlungen im Westjordanland stoppen und die Abriegelungen aufheben. Und parallel müssen die sechs sogenannten Endstatus-Fragen wie Jerusalem, Flüchtlinge, Grenzen, Siedlungen, Sicherheit und Wasser wie in Annapolis vor einem Jahr vereinbart jetzt endgültig gelöst und nicht noch einmal vertagt werden. Und am Ende muss inner-palästinensisch wie international der Umgang mit der Hamas in Gaza geklärt werden.

Lassen Sie mich aber auch das sagen: Eines ist klar - was unser Verhältnis zu Israel angeht, darf es keine Einschränkung oder Relativierung unserer Verpflichtungen geben, die aus der unseligen Vergangenheit, der deutschen Geschichte, herrühren.

Aber – um es mit dem früheren EKD-Ratsvorsitzenden, unserem DINO-Mitglied Manfred Kock, zu formulieren:

„Kritische Fragen und Widerspruch gegenüber der Politik der demokratisch gewählten israelischen Regierung müssen selbstverständlich geäußert werden können.

Doch kommt es dabei auf Sachlichkeit und Verhältnismäßigkeit an, und die Situation Israels in einer politischen Krisenregion und seine Bedrohung durch den Terrorismus müssen dabei besonders beachtet werden.

Kritik an sich ist nicht schon antisemitisch, schon gar nicht, wenn sie sich gegen den Staat Israel richtet und nicht gegen das Judentum. Doch Kritik muss sachgerecht sein.

Sie muss berücksichtigen, dass das Recht Israels auf einen eigenen Staat immer wieder bestritten wird. Dagegen und gegen sinnlose Attentate darf sich der Staat zur Wehr setzen.

Man kann die Formen, in denen das geschieht, kritisieren, aber nicht den Grundsatz“, sagt Manfred Kock.

Aber der bekannte Publizist Alfred Grosser, selbst Jude, beklagte jüngst im „stern“: „Es ist nach wie vor so, dass sich Deutsche zu allem Möglichen kritisch äußern dürfen, aber nicht zu Israel. Menschenrechtsverletzungen anderswo anprangern - kein Problem! Mit Blick auf Israel aber kommt das nicht infrage. Ich finde das zutiefst schockierend,“ sagte Grosser. Und er ergänzte:

„Ich finde im Gegenteil, dass ein junger Deutscher, der nichts zu tun hat mit der deutschen Vergangenheit..., überall dafür eintreten muss, wenn Grundrechte verletzt werden“, so der Autor im Interview.

Und ich füge hinzu: Jeder muss wissen (und sagen!), dass die Menschenrechte unteilbar sind!

Wie schmal der Grat ist, auf dem wir wandeln, zeigt die hitzige Diskussion über Äußerungen des Eichstätter Bischofs Gregor Maria Hanke. Er hatte anlässlich der Reise der Deutschen Bischofskonferenz die Situation der Palästinenser in den von Israels Mauer umzäunten Städten und Dörfern mit der Situation im Warschauer Ghetto verglichen.

Unser DINO-Mitglied Avi Primor, Israeli und langjähriger Botschafter in Deutschland, hat die Aussage einerseits als „sachlich wie moralisch falsch“ bezeichnet, andererseits aber auch zugegeben, dass das Elend der Palästinenser in den besetzten Gebieten „schon aufwühlt“.

Israel für seine Besatzungs- und Siedlungspolitik zu kritisieren, „sei gerechtfertigt, ja sogar notwendig“, NS-Vergleiche aber wirkten kontraproduktiv.

Solche Äußerungen, so die Bischofskonferenz, seien angesichts der bedrückenden Situation aus der emotionalen Betroffenheit entstanden - wofür sich, glaube ich, niemand entschuldigen muss. Im Gegenteil: die Sorge um den Friedensprozess und das friedliche Zusammenleben von Israelis und Palästinensern muss uns tagtäglich beschäftigen, damit wir endlich Wege aus der Krise finden.

„Und“, so noch einmal Ex-Präses Manfred Kock: „Wir dürfen die Versuche zur Lösung des Konfliktes nicht durch ‚überzogene religiöse Vorstellungen‘ behindern“. Das gelte sowohl für den „Glauben an einen ‚Heiligen Krieg‘ wie für die Ansicht, „ein von Gott gegebenes Recht auf bestimmte Gebiete zu haben.

„Wir müssen erreichen, “ so Kock, „dass es eine kritische Betrachtung des Religiösen gibt – also sachliche, nüchterne, pragmatische Lösungen.“

Immerhin zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, das sich das gegenseitige Verständnis verändert, verbessert hat:

„Die Deutschen stehen zu ihrer Geschichte, sie empfinden überwiegend und in zunehmendem Maße Scham, aber keine Schuld“, heißt es da.

Klar ist aber auch: Deutschland kann und muss eine konstruktive Rolle zur Sicherung des Friedens im Nahen Osten übernehmen. Und, Zitat aus der Studie: „Die politische Bildung in Deutschland darf sich nicht darauf beschränken, die Vergangenheit zu bewältigen. Sie muss vielmehr einen aktiven Beitrag leisten zum gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Existenzlagen in Deutschland und Israel.“

Gad Lior, der Chefredakteur der israelischen Tageszeitung Yedioth Ahronot, schrieb aus aktuellem Anlass: „Die Verbesserungen zwischen den ehemaligen Erzfeinden Frankreich und Deutschland und zwischen Israelis und Deutschen sind Gründe zur Hoffnung, dass ähnliche Fortschritte auch zwischen Arabern und Israelis möglich sind. Die einfachen Menschen wollen Frieden.“

Selbst israelische Araber aus Nazareth sagten im Rahmen einer aktuellen deutsch-israelischen Begegnung: „Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber wir können Beiträge für eine gerechte und friedliche Zukunft leisten. Deshalb dürfen wir weder den politischen Extremisten, noch den religiösen Fundamentalisten die Führung der Gesellschaft überlassen. Wir brauchen Gerechtigkeit, dann wächst auch der Friede.“

Der Päpstliche Nuntius hat mir bei einem Besuch in Damaskus auf meine Frage „Wo beginnt der Terrorismus?“ geantwortet: „Dort, wo die Gerechtigkeit bei Null angelangt ist“.

Deshalb sind wir alle, mehr denn je aufgerufen, Wege zum Frieden zu suchen.

Mein Eindruck aus Besuchen und Gesprächen im Frühjahr dieses Jahres in der Region ist: Trotz der materiellen Not, trotz der bedrückenden Besatzungssituation und trotz der täglichen Gewalt sind sowohl bei palästinensischen wie auch bei israelischen Gesprächspartnern die Hoffnung und der Wille zur Versöhnung ungebrochen. Und das ist auch nachvollziehbar:

"Das Wohlergehen des einen Volkes hängt vom Wohlergehen des anderen Volkes ab" - so der ev.-luth. Pfarrer Shehadeh aus Beit Jala. „Diese Überzeugung wurzelt in der Vision, dass es nur eine gemeinsame Zukunft beider Völker im Heiligen Land geben kann und dass der Tag kommen wird, an dem das Existenzrecht gegenseitig garantiert und respektiert wird.“

Dazu passt eigentlich ein Zitat von Rabbi Hillel vor 200 Jahren zum „Wesen des Judentums: „Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an!“

Ich sage einmal mehr mit aller Deutlichkeit: Es gibt keine Alternative zum Frieden! Das genau ist die **Botschaft**, die viele **Botschafter** braucht.

Ich gehöre aber auch zu denen, die an die Kraft der vielen biblischen Wunder glauben, die sich schon in dieser Region ereignet haben. Warum sollte sich heute nicht doch noch dass eine oder andere alltägliche Wunder ereignen?

Eine neue Schule, ein neuer Kindergarten, ein Arzt oder ein Pfarrer, die allen widrigen Umständen zum Trotz den Menschen Mut machen, ein multi-kulturelles oder multi-religiöses Projekt, das Grenzen überwindet und das Menschen zusammenführt? Karitative Organisationen, Hilfswerke, Initiativen der Zivilgesellschaft wie DINO und andere sind mehr denn je gefordert...

Nicht zuletzt weil ich glaube: Nur wer den Menschen **Hilfe** bringt, der bringt den Menschen auch **Frieden**.

Jeder von uns ist aufgerufen an dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten...

... für seine Gemeinde, für sein Land, für das heilige Land,

... und für den Rest dieser unfriedlichen Welt,

- auf das wieder Friede einkehre bei allen Menschen auf Erden!

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!